

# ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Georg Willi, Freundinnen und Freunde

## betreffend Rücknahme der Steuererhöhung auf Nächtigungen

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht 1652 d.B. des Tourismusausschusses über den Bericht des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über die Lage der Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Österreich 2016 (III-390 d.B.)

Die Tourismusbetriebe wurden bei der letzten Steuerreform in einseitiger und sachlich wenig nachvollziehbarer Weise über Gebühr zur Gegenfinanzierung herangezogen. Neben der realitätsfremden Verlängerung der Abschreibungsdauern anstelle der gebotenen Verkürzung stieß besonders die Anhebung der Umsatzsteuer auf Nächtigungen von 10 auf 13% zurecht auf massive Kritik der Branche und von Vertretern aus allen Parteien, weil sie die hohe Bedeutung des Tourismus für die österreichische Volkswirtschaft und Leistungsbilanz konterkariert. Zum einen haben Nachbarländer Österreichs niedrigere Umsatzsteuersätze auf Logis. Zum anderen droht der umsatzsteuerliche Nachteil voll durchzuschlagen, sobald sich in wichtigen Konkurrenzländern die innere Sicherheit stabilisiert und Urlaubsgäste diese Länder nicht mehr meiden. Und schließlich entstand durch die nun unterschiedliche Besteuerung von Logis und Frühstück mehr statt wie stets in Aussicht gestellt weniger Bürokratie für die Unternehmen.

Volkswirtschaftlich wäre die Rücknahme, also die erneute Reduktion auf 10%, schlechtestenfalls ein Nullsummenspiel: UnternehmerInnen würden verbleibende Einnahmen wieder investieren, dies hätte vor allem regionalwirtschaftlich eine direktere und wirksamere Hebelwirkung.

Da die nachteiligen Effekte eindeutig belegt sind, ist es nicht zielführend, wie vom zuständigen Minister geplant zwei Jahre abzuwarten und erst dann zu evaluieren, sondern es muss rasch zugunsten des Tourismus gehandelt werden.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft im Zusammenwirken mit dem Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, dem Nationalrat umgehend einen Vorschlag für eine Änderung des Umsatzsteuergesetzes zuzuleiten, mit der die Steuer auf Nächtigungen wieder von 13 auf 10 Prozent zurückgenommen und damit die Konkurrenzfähigkeit und Investitionsfähigkeit der heimischen Tourismuswirtschaft gestärkt wird.

Georg Willi, Babette Weir

